

CDU greift Volksschulvorschlag auf

Mit dem Pfarrausschuß überzeugt: Oberklassen sollten nach Erkelenz

Erkelenz. — Die CDU hat den Vorschlag des katholischen Pfarrausschusses, die Oberklassen der zur Stadt gehörenden Dorfschulen in die Schulen der Stadtmitte zu überführen, aufgegriffen. Nach mehreren Besprechungen ist die Fraktion des Stadtrates entschlossen, die Frage in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses und abschließend auch in der Ratssitzung zur Debatte zu stellen.

Wir berichteten am Samstag, daß der Pfarrausschuß die Neuerung vorgeschlagen hat, um die zum Teil einklassigen Dorfschulen im Interesse eines konzentrierteren Unterrichts zu entlasten. Wenn es auch nicht an kritischen Stimmen fehlt, die vor allem um den zukünftigen Bestand der Dorfschule fürchten, so hat man bei der CDU doch die Überzeugung gewonnen, daß der Vorschlag von einem großen Teil der Bevölkerung als vernünftig und diskutabel angesehen wird.

Wenn der Plan verwirklicht wird, würden ab Ostern insgesamt 31 Jungen und Mädchen aus den vier Dörfern nach Erkelenz zur Schule gehen. 14 von ihnen gehören dann dem 8. und 17 dem 7. Schuljahr an. 18 entfielen auf die Mädchen- und 13 auf die Jungenschule. Man hat festgestellt, daß die Zentralschulen der Stadt Erkelenz diese Schüler ohne Schwierigkeit aufnehmen könnten. Man wäre dann in der Lage, die einzelnen Klassen getrennt zu unterrichten, während jetzt noch 7. und 8. bzw. 6. und 7. Schuljahr gemeinsam Schulunterricht erhalten.

Keine Gefahr für kleine Schulen

Umgekehrt würde keine Dorfschule in ihrem Bestand gefährdet werden. Bellinghoven hat ab Ostern wie bisher 49 Schüler, Oerath 38 statt 36, Tenholt 61 statt 55 und die einzige mehrklassige Schule in Terheeg 100 statt 76. Von diesen Schülern müßte man im Falle einer Neuordnung folgende Zahlen abziehen: In Bellingho-

ven 3 Mädchen und 1 Jungen, in Oerath 4 Mädchen und 2 Jungen, in Tenholt je 3 Jungen und Mädchen und in Terheeg 8 Mädchen und 7 Jungen. Daraus ergibt sich, daß selbst die kleinste Schule in Oerath noch 32 Schüler behalten würde.

Die CDU möchte erreichen, daß die geplante Neuerung womöglich schon Ostern 1965 durchgeführt wird. Sie hat den Eindruck, daß die Schwierigkeiten nicht geringer werden, je länger man sie diskutiert. Umgekehrt bestünde ein unbestreitbarer Vorteil darin, daß bei Einrichtung eines neunten Schuljahres Ostern 1967 die ersten Schüler, die davon betroffen werden, bereits gründlich an die Arbeit in der Zentralschule gewöhnt sind. Eine Umstellung, die den Erfolg des neunten Schuljahres gefährden könnte, wäre dann nicht mehr erforderlich.

Die Frage, ob man für die nach Erkelenz zu überführenden Schüler, die alle mindestens 12 Jahre alt sind, einen besonderen Schüleromnibus einsetzen muß, wäre noch zu prüfen. Man sprach bereits von

einem Abkommen mit der Kraftverkehrs-GmbH, die in ihrem Fahrplan für die Schüler der Außenorte von Erkelenz Rücksicht nehmen könnte, wobei es womöglich Aufgabe der Stadt wäre, den Schülern das Fahrgeld zu erstatten. Gemessen an den hohen Summen, die die Stadt in den letzten Jahren in ihre Dorfschulen investiert hat, wäre das nur ein verschwindend kleiner Betrag.

In die laufende bauliche Unterhaltung und Instandsetzung der vier kleinen Schulgebäude steckte die Stadt allein 1964 laut Haushaltsplan 23 400 DM, die Neu- und Ausbauarbeiten sowie in große Instandsetzungen 100 000 DM. Diese Ausgaben waren nicht verfehlt, denn die Schulen sollen auf jeden Fall bestehen bleiben. Auch in rechtlicher Hinsicht werden sie nicht angetastet. Eine anerkannte Auslegung des Schulverwaltungsgesetzes besagt, daß ein System, in dem nur sechs Jahrgänge Volksschulpflichtiger Kinder unterrichtet werden, Schule im Sinne der geltenden gesetzlichen Vorschriften ist.